

Mängel im Devisenverkehr.

Die Erwartungen, die man an die Gründung der Devisenzentrale allgemein geknüpft hat, haben sich nur zum Teil erfüllt. Soweit damit eine Stabilisierung des Kronenkurses beabsichtigt war, kann man wohl sagen, daß das angestrebte Ziel im großen und ganzen erreicht worden ist. In der letzten Zeit beginnen sich jedoch Schwierigkeiten einzustellen, die sich nur aus einer mangelhaften Organisation der Zentrale einerseits und aus einer laxen Handhabung der die Einfuhrverbote betreffenden Vorschriften andererseits erklären lassen. Die Eingänge an fremden Zahlungsmitteln reichen bei weitem nicht mehr hin, um die starke Nachfrage zu decken, so daß selbst berechnete Ansprüche in vielen Fällen ganz oder teilweise unberücksichtigt bleiben. Was das in der Praxis für Folgen hat, ersieht man am besten aus dem Fall eines hiesigen Bankhauses, das sich viel mit der Uebermittlung von Geldern befaßt, die für Kriegsgefangene in Rußland bestimmt sind. Seit mehr als einer Woche bemüht es sich vergeblich um die hiezu unbedingt notwendige fremde Valuta und einer ganzen Reihe von Personen wird es dergestalt unmöglich gemacht, ihren oft in der größten Not befindlichen Angehörigen eine Unterstützung zukommen zu lassen. Eine scharfe Sichtung in den Devisenansprüchen, wie sie alle Tage an die Zentrale herantreten, ist ein Gebot der Stunde und es ist nur zur begrüßen, daß sich die Regierung jetzt endlich entschlossen hat, die Vorprüfung dieser Ansprüche in die Hände von Vertretern des Finanz-, Handels- und Ueberbauministeriums sowie des Ministeriums des Innern zu legen. Eine schärfere Kontrolle wäre schon längst notwendig gewesen und es zeigt nicht gerade von Weitblick, daß man erst jetzt in der letzten Stunde, wo das Wasser sozusagen an den Mund reicht, den Einfuhrhändlern und den Banken stärker auf die Finger sieht. Erst spät scheint man in der Oesterreichisch-ungarischen Bank, die ja mit der Leitung der Devisenzentrale betraut ist, dahinter gekommen zu sein, daß die Einfuhr von Luxusartikeln allen Verordnungen

zum Trotz ruhig ihren Gang weitergeht und daß die Banken zu Vermittlern dieses unerlaubten Einfuhrgeschäftes geworden sind. Ob letztere ihre Rolle bewußt oder unbewußt gespielt haben, ist natürlich nicht leicht zu entscheiden. Tatsache ist auf jeden Fall, daß die Einfuhr von Juwelen, Kleidern, Hüten und so weiter, also von lauter Artikeln, wie sie nur für die vielen im Kriege reich gewordenen in Betracht kommen, mehr denn je in Schwung ist, daß alle Hinweise in der Presse auf das Unpatriotische dieser Handlung, daß alles Höhnen der Pariser, die sich über unsere Modepuppen lustig machen, nichts gefruchtet hat. Man wende nicht ein, daß es sich da nur um Summen handeln könne, die in dem Rahmen unserer Gesamteinfuhr nicht weiter in Frage kommen. Was jetzt allein an Diamanten alle Monate eingeführt wird, das geht in die vielen Millionen, und das Auffälligste ist hierbei, daß diese Millionen zu einem großen Teil von der Devisenzentrale beglichen werden müssen, also gerade jenem Institut, das alle Verpflichtungen, die aus Luxusimporten entstehen, von vornherein ablehnt. Die Bezahlung der Luxuseinfuhr geht heute derart vor sich, daß der Einfuhrhändler bei einer der hiesigen Banken den an den fremdländischen Lieferanten geschuldeten und in Kronen fakturierten Betrag einzahlt und ihn dann an den Gläubiger, resp. dessen Bank überweist. Letztere hebt dann das Guthaben ab und nimmt dabei die hiesige Devisenzentrale in Anspruch. Diesem Mißbrauch kann natürlich nur gesteuert werden, wenn die Ueberweisungen von Kronenguthaben an das Ausland von der Ent-

scheidung der Devisenzentrale abhängig gemacht und soviel wie möglich eingeschränkt wird. Diese Maßnahme bedeutet übrigens noch lange nicht die Beseitigung aller Uebelstände, die heute im Zahlungsverkehr nach dem Ausland eingegriffen haben. Viele Einfuhrhändler, die die Schwierigkeiten in der Devisenbeschaffung wohl kennen, leisten ihre Zahlungen mit Kronennoten, die im neutralen Ausland nur mit einem Kurse, der stets unter der Parität der Devisen steht, berechnet werden. Die Menge der Noten, die auf solche Weise den Weg über die Grenze nimmt, wird natürlich von Monat zu Monat größer, und in gleichem Maße wird der Ruf unserer Währung untergraben. Für unnütze Dinge, für Diamanten und Perlen erwirbt jetzt das Ausland Guthaben, die in die Hunderte von Millionen gehen und die wir nach dem Kriege mit unserer Ausfuhr begleichen oder auf irgend eine andere Weise, etwa im Kreditwege decken müssen. Es ist die denkbar schlechteste Vorbereitung für die Friedenswirtschaft, wenn wir uns jetzt schon gegenüber dem Ausland verschulden, nur um Luxusbedürfnisse der Kriegsverdiener und ihres weiblichen Anhangs zu befriedigen. Der Mangel an Rohstoffen, der nach dem Kriege beseitigt werden muß, um die Friedensindustrie überhaupt wieder in Gang zu bringen, wird uns ohnehin in höherem Maße als uns lieb ist, dazu zwingen, die Kredithilfe des Auslandes in Anspruch zu nehmen. Wenn dann zu diesen Anleihen noch die Millionen unserer Luxuseinfuhr hinzukommen, so ergibt dies eine Verschuldung an das Ausland, die unsere ganze Währung nur zu leicht für immer in Mißkredit bringen kann. Technisch ist es nun leider schwer, wenn nicht unmöglich, einer übermäßigen Ausfuhr von Kronennoten entgegenzutreten und die weitgehendsten Kontrollrechte, mit denen man die Devisenzentrale etwa ausstatten könnte, werden die Tatsache, daß Ein- und Ausfuhr bei uns in keinem auch nur einigermaßen annehmbaren Verhältnisse mehr zueinander stehen, auch nicht aufheben können. Um eine Gesundung am Devisenmarkt herbeizuführen, bleibt schließlich nichts anderes übrig, als die Luxuseinfuhr unter genauer Spezialisierung der einzelnen in diese Rubrik fallenden Artikel und bei Androhung der schärfsten Strafen zu verbieten. Mit den Halbheiten, die für die bisherigen die Einfuhr regelnden Verordnungen kennzeichnend sind, kommen wir nicht mehr weiter. Jeder Appell an die vaterländische Gesinnung unserer Kriegsmillionäre ist — das hat die Erfahrung gezeigt — vergebens und so bleibt denn nichts anderes als der Weg der staatlichen Kraft übrig. Stärkste Einschränkung unserer Einfuhr ist heute eine Staatsnotwendigkeit, die nicht erst etwa nach dem Kriege Geltung erhält.